
Welche Position zur Zeitarbeit vertritt die FDP?

Johannes Vogel, MdB (FDP), arbeitsmarktpolischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Arbeit ist mehr als reiner Broterwerb. Arbeit stiftet Identität, ist Selbstverwirklichung und sichert Teilhabe. Einen Arbeitsplatz zu haben bedeutet nicht nur, aufsteigen zu können. Es bietet auch die Chance, einen positiven, eigenen Beitrag zum Gelingen der Gesellschaft zu leisten. Das wiederum verschafft gesellschaftliche Anerkennung.

Im Umkehrschluss heißt das: Wer keine Arbeit hat, dem bleibt einiges versagt. Und wer lange arbeitslos ist, dem geht einiges verloren. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland hat sich dank des starken Aufschwungs der vergangenen eineinhalb Jahre stark nach unten bewegt: Mehr Menschen als je zuvor in der Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands haben bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz. Dennoch gibt es weiterhin eine große Zahl Langzeitarbeitsloser, also Menschen, die schon zwölf Monate oder länger auf Jobsuche sind. Die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt ist also in jedem Fall begrüßenswert. Sie ist aber kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Deshalb ist es auch richtig, eine Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente in Angriff zu nehmen, wie es die schwarz-gelbe Koalition gerade tut. Dabei muss es grundsätzlich um mehr

Effektivität und Effizienz in möglichst autonomen Jobcentern vor Ort gehen. Der Instrumentekasten muss aufgeräumt werden, der Maßstab muss die Wirksamkeit sein. Schließlich brauchen wir auch besser qualifizierte Vermittler in den Jobcentern und Arbeitsagenturen.

Zeitarbeit steht für Fortschritt auf dem Arbeitsmarkt

Daneben gilt es, wichtige Fortschritte auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu bewahren, die durch mehr Flexibilität entstanden sind. Damit rückt das Thema Zeitarbeit in den Fokus. Die Änderungen, die damals von der rot-grünen Bundesregierung vorgenommen wurden, haben einen bedeutenden Anteil an der positiven Situation des deutschen Arbeitsmarkts. Durch die Hartz-Reformen wurde die Zeitarbeit erstmals zu einer wichtigen Säule des deutschen Arbeitsmarkts. Während der vergangenen neun Jahre entwickelte sich die Zeitarbeit dann zu einem wahren Jobmotor, gegenwärtig haben mehr als 900.000 Menschen eine Stelle in der Zeitarbeit gefunden. Rund ein Drittel aller neuen Beschäftigungsverhältnisse, die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden sind, wurden in der Zeitarbeit geschaffen. Durch sie konnten die Unternehmen auf dem deutschen Arbeitsmarkt besser auf die Konjunkturschwankungen reagieren als zuvor. So wurden im Übrigen auch kleine und mittelständische Unternehmen davor bewahrt, mit voller Wucht von der Krise getroffen zu werden, weil diese natürlich häufig von der Entwicklung bei Global Playern abhängig sind. Insgesamt hat die Zeitarbeit dazu beigetragen, dass der deutsche Arbeitsmarkt gut durch die Krise gekommen ist.

Gleichwohl – und das ist ganz natürlich – ist auch in der Zeitarbeitsbranche nicht alles Gold gewesen, was geblänzt hat. Zeitarbeit soll ihren Nutzen bei der Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarkts zeigen, sie darf nicht dazu dienen, Übereinkünfte, die im Rahmen der zentralen Ordnungsidee des deutschen Arbeitsmarkts – der Tarifautonomie – getroffen wurden, auszuhebeln. Um es ganz deutlich zu machen: Drehtüreffekte dienen weder dem deutschen Arbeitsmarkt noch den deutschen Arbeitnehmern und schon gar nicht der Zeitarbeitsbranche. Die Regierungskoalition hat dies frühzeitig als Problem identifiziert und steuert nun gegen. Mit der jüngsten Novelle des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) hat sie dieser Praxis einen Riegel vorgeschoben. Hier hat es sich in der Tat um einen Missbrauch gesetzlicher Regelungen gehandelt, der unterbunden werden musste. Gleichzeitig ist das Problem mit Augenmaß gelöst worden, sodass der Zeitarbeitsbranche als solcher kein Schaden entstanden ist. Im Gegenteil, zukünftig dürfte die Branche davon profitieren, dass derartig gelagerte Reputationschäden ausbleiben.

Im Umfeld des Gesetzgebungsvorhabens ist wieder einmal zu beobachten gewesen, wie schädlich und wenig hilfreich Diskussionen sind, wenn sie allein unter ideologischen und nicht unter pragmatischen Gesichtspunkten geführt werden. Die Zeitarbeitsbranche hat in der politischen Landschaft eine Menge Gegner, die zum Beispiel das Teilphänomen Drehtüreffekt zum Anlass nahmen, die Branche in Misskredit zu bringen. Eine solche ideologische Ablehnung verengt den Blick und vernachlässigt die positiven Effekte der Zeitarbeit. Denn die Zeitarbeit leistet einen wichtigen Beitrag: Viele, die ansonsten keinerlei Chance auf einen Zugang zum Arbeitsmarkt hätten, schaffen durch die Zeitarbeit den Schritt in die Erwerbstätigkeit. Wer die Zeitarbeitsbranche künstlich klein halten will, muss sich vor Augen halten, dass er damit vielen Menschen in Deutschland,

gerade gering qualifizierten, wichtige Chancen auf Teilhabe vorenthält. Natürlich liefert die Zeitarbeitsbranche nicht Antworten auf alle Probleme, die es nach wie vor auf dem deutschen Arbeitsmarkt gibt. Aber sie liefert einige Antworten – und das sind nicht wenige.

Entwicklung der Deregulierung

Die Zeitarbeit wurde erst im Jahre 1972 rechtlich geregelt. Grundsätzlich durften Zeitarbeitnehmer mit einer Höchstüberlassungsdauer von drei Monaten vermittelt werden. Bis 1997 betrafen die meisten Neufassungen die Höchstüberlassungsdauer. Der größte Unterschied zwischen den Ursprüngen der Zeitarbeit und ihrer heutigen Form muss im Wegfall des Synchronisationsverbots und der Höchstüberlassungsdauer gesehen werden. Letztlich basiert dies auf den Hartz-Reformen, im Besonderen auf dem Job-AQTIV-Gesetz aus dem Jahre 2001, das nach wie vor die heutige Form der Zeitarbeit bestimmt. Sie ist also einen langen Weg gegangen, bevor sie ihre heutige Rolle eingenommen hat. Das gilt allerdings für den gesamten europäischen Wirtschaftsraum. Angesichts dieser gewachsenen Bedeutung der Zeitarbeit war es vermutlich nur eine Frage der Zeit, bis sie in den Fokus europäischer Gesetzgebung geriet. Die Richtlinie des Jahres 2008 brachte einige wichtige Neuerungen mit sich, insbesondere zur Verbesserung der Einsatzbedingungen in den Entleihunternehmen. Gleichzeitig spricht die Richtlinie von der Zeitarbeit als wichtigem Bestandteil der europäischen Flexicurity-Strategie und bejaht somit die wichtige Funktion der Zeitarbeit. Auch die Richtlinie lässt nicht unberücksichtigt, dass vor allem stark konjunkturabhängige Branchen dringend auf die Zeitarbeit angewiesen sind, um ihren

Personalbedarf decken zu können. Abgesehen davon sollten immer wieder die Vorteile des deutschen Zeitarbeitsmodells („Arbeitgebermodell“) betont werden: Arbeitnehmer sind bei den Zeitarbeitsunternehmen fest angestellt und haben eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Anders als in vielen Nachbarländern erhalten sie grundsätzlich auch in verleihsfreien Zeiten Bezahlung und genießen die gleichen Arbeitnehmerrechte wie andere Mitarbeiter, beispielsweise beim Kündigungsschutz oder Urlaubsanspruch.

In Deutschland wird nach wie vor eine lebhafte politische Debatte über Zeitarbeit geführt. In den Augen der Kritiker stellt sie erstens eine Beschäftigungsform dar, die trotz ihres normalen sozialversicherungspflichtigen Charakters als atypisch anzusehen sei. Angeblich führe Zeitarbeit zu unangemessenen Unsicherheiten für den Arbeitnehmer und sei deswegen unhaltbar. Zweitens wird die Bezahlung kritisiert. Zeitarbeiter sollten nicht untereinander, sondern mit den Angestellten im Entleihbetrieb verglichen werden. Dementsprechend wird darüber geklagt, dass Zeitarbeiter gut ein Drittel weniger verdienen als ihre festangestellten Kollegen. Damit sind wir beim Thema Equal Pay angekommen.

Jobmotor mit Akzeptanzproblemen

Ausgehend von der Equal Pay-Frage lässt sich die liberale Perspektive auf die Zeitarbeit wie folgt beschreiben: Erstens ist die Zeitarbeit ein wichtiger Jobmotor, der für den deutschen Arbeitsmarkt positiv ist. Damit tut er auch den Arbeitnehmern gut, weil es keine Verdrängung von Arbeitskräften in den Entleihbetrieben gibt. Durch Zeitarbeit erhalten viele Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt, die sonst außen vor bleiben

würden. Die Zahlen sprechen hier eine klare Sprache: Ungefähr 40 Prozent der Beschäftigten in der Zeitarbeit haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Zeitarbeit bietet also Einstiegschancen, schon alleine deshalb sollte die Branche erhalten bleiben. Zweitens bringt die Zeitarbeit den Unternehmen wichtige Flexibilitätsvorteile. Sie können damit Auftragsspitzen abfedern. Zeitarbeit war ein Grund, dass Deutschland die Wirtschaftskrise bewältigen konnte, ohne massiv Arbeitsplätze in unseren industriellen Kernbereichen abzubauen. Das belegen alle Umfragen unter Entscheidungsträgern und Unternehmern. Drittens ist der sogenannte Klebeeffekt zwar nicht übermäßig groß, aber nicht zu unterschätzen. Für sich genommen erhöht er vor allem die Wahlfreiheit der Arbeitnehmer, die in diesem Fall von einer Beschäftigung in die andere wechseln.

Der volkswirtschaftliche wie auch der individuelle Nutzen der Zeitarbeit steht außer Frage, dennoch gibt es ein großes Akzeptanzproblem. Dies lässt sich nicht einfach vom Tisch wischen, sondern ist sehr ernst zu nehmen. Damit schließt sich der Kreis bei der Frage nach Equal Pay. Zeitarbeit heißt nicht umsonst Zeitarbeit. Der dauerhafte Einsatz an ein und demselben Arbeitsplatz, womöglich über Jahre, widerspricht der Idee der Zeitarbeit, insbesondere der unterschiedlichen Bezahlung des Zeitarbeiters und seinen direkten Kollegen im Entleihbetrieb. Aus liberaler Perspektive sollte aber nicht primär die Politik die Akzeptanzprobleme der Zeitarbeit lösen, sondern die Branche selbst. Deshalb sollten die Tarifpartner der Zeitarbeit einen Kompromiss finden, wie Equal Pay nach einer Frist eingeführt werden kann. Die FDP-Bundestagsfraktion hat als erste darauf hingewiesen, dass ein solches Equal Pay-Modell eine sinnvolle Ergänzung des deutschen Zeitarbeitsmodells darstellen würde. Umso differenzierter die Lösung im Interesse aller Beteiligten ist, umso besser ist es natürlich – womit wir wieder bei den Tarifpartnern wären.

Gleichzeitig sollte die Branche konsequent auf Weiterbildung setzen. Der Zugang zu solchen Angeboten ist gerade für Arbeitnehmer ohne formale Qualifikationen von großer Bedeutung. Auch für die Zeitarbeitsunternehmen selbst ist ein höheres Qualifikationsniveau ihres Beschäftigtenpools sinnvoll. Denn es erhöht die Attraktivität des Angebots, das Zeitarbeitsunternehmen den Entleihbetrieben machen können. So kann zudem die Wahrscheinlichkeit für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer gesteigert werden, dass die Zeitarbeit nicht nur einen temporären, sondern einen dauerhaften Einstieg in den Arbeitsmarkt und weiteren beruflichen Aufstieg ermöglicht. Bildlich gesprochen: Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bildet Zeitarbeit heute den Steg in den Arbeitsmarkt. Diesen Steg sollten wir zu einer stabilen Brücke mit Geländer ausbauen. Dann wird die Frage nach der gesellschaftlichen Akzeptanz dieser wichtigen Branche auch endlich eine positive Antwort erhalten.

Es kann nicht darum gehen, die Zeitarbeitsbranche zu schädigen, obwohl manche Stimmen in der Politik genau diesen Eindruck erwecken. Die Branche, Unternehmen wie Arbeitnehmer, hat wesentlich zum deutschen Jobwunder beigetragen, um das uns viele beneiden. Zeitarbeit sollte als das angesehen werden, was sie ist: eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, in der exakt dieselben Arbeitnehmerrechte wie in allen anderen Branchen gelten. Aus liberaler Perspektive bleibt festzuhalten: Das Bessere ist der Feind des Guten. Das gilt auch für weitere Optimierungen in der Zeitarbeit. Aber genau so klar ist: Ohne die Zeitarbeit ginge es dem deutschen Arbeitsmarkt schlechter und vielen Arbeitnehmern erst recht.

**Johannes Vogel**

MdB (FDP),
arbeitsmarktpolischer Sprecher der FDP-
Bundestagsfraktion

Johannes Vogel, geboren 1982, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und schloss im Frühjahr 2009 mit Magister Artium (M.A.) ab. Seit 1998 ist Vogel Mitglied der Jungen Liberalen und seit 1999 Mitglied der FDP. In der Zeit von 2004 bis 2010 war er Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Liberalen und von 2005 bis 2010 als Bundesvorsitzender. Seit 2007 ist er gewähltes Mitglied im Bundesvorstand der FDP. Von 2004 bis 2009 war Vogel jüngstes Kreistagsmitglied des Rheinisch-Bergischen Kreises. Seit 2009 ist Johannes Vogel Mitglied des Deutschen Bundestages und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Zudem ist er Mitglied und Förderer zahlreicher Vereine.